und Chopins Trauermarsch: Das Oktober-Jubiläum wurde als Anfangsdatum des „Völkermords" an Rußland begangen.

Neben dem schon allgemeinen Ruf nach Rücktritt („Gorbatschow in die Kartoffelernte") erklangen Proteste gegen Lügen, Gewalt und Raub durch die „Mafia-KP". Und: „Abschaffung des Kommunismus." Und: „Unser Land ertrinkt."

Zu den Fenstern der nahen Lubjanka, des KGB-Hauptquartiers, dessen Bedienstete neuerdings auf ein Denkmal für die Opfer des ersten „Konzentrationslagers" der Lenin-Zeit schauen müssen, schallten Forderungen, die Geheimpolizei schleunigst zu entmachten.

Die Volksfreunde Jelzin und Popow begaben sich auch noch zur vierten Kundgebung am Kreml, die der geschaßte Staatsanwalt Telman Gdljan anführte, welcher äußerte: „Das Land befindet sich am Rand eines Bürgerkriegs."

Spruchbänder protokollierten „1917 das Verbrechen, 1990 die Strafe". Unter dem Schlachtruf: „Nieder mit der KPdSU" zogen 10 000 Menschen mit durchgekreuzten Gorbatschow-Postern über die Twerskaja (früher: Gorki-Straße) zum Roten Platz und forderten wiederum den Rücktritt des Mannes, dem sie ihre Redefreiheit verdanken.

Die Regierung, die Gdljan als „faschistisch" einstufte, war froh, daß es zu keinem Sturm auf den Kreml kam. In vielen anderen Städten hatten die Behörden, einem Dekret Gorbatschows zuwider, die Feiern abgesagt; in Baku und in Duschanbe (Tadschikistan) herrscht Ausnahmezustand. Genau am Tatort von 1917, vor dem Leningrader Winterpalais, prügelten sich nach der lokalen Parade und Gegendemonstration Radikale mit Parteiveteranen.

Im Rüstungszentrum Swerdlowsk lenkte die Sozialdemokratische Partei einen Trauerzug für die „Opfer des bolschewistischen Abenteuers" zu jener Stelle, an der die Zarenfamilie 1918 ermordet worden war. Auch im ukrainischen Charkow veranstalteten die Sozialdemokraten eine Gedenkfeier für „Millionen Opfer des kommunistischen Systems".

In der Ukraine-Hauptstadt Kiew forderten Tausende die Rückgabe des Volksvermögens an das Volk, im belorussischen Minsk demonstrierten Tausende für die Auflösung und Enteignung der KPdSU. In Vilnius marschierten nach einem kleinen Militär-Umzug die örtlichen Kommunisten gegen das „faschistische Regime" des litauischen Präsidenten Landsbergis.

In Armenien wurde der 7. November zum „Tag des Völkerrechts" umfunktioniert. In Archangelsk am Eismeer zogen die Partei-Demonstranten an hungerstreikenden Studenten vorbei, welche den „Tag der Völkerversöhnung" begingen und dazu KPdSU und KGB verdammten.

Aus dem heimischen Hexenkessel zog es den Verursacher aller Wandlungen ins schlichte Oggersheim. Sein Ansehen jenseits der eigenen Staatsgrenzen sei seine letzte, „noch nicht ganz ausgereizte Karte", befanden die *Moskauer Nachrichten*, „seine heutige Popularität im Westen ernährt das Volk nicht, kann das aber in allernächster Zeit tun".

Denn er empfängt von den Deutschen eine satte Einheits-Dividende, die sich mit Krediten, Truppenabzugskosten und Entschädigungen auf bisher 35 Milliarden Mark summiert, ein bilateraler Marshall-Plan. Zum Schwarzmarktkurs wäre das die Gesamt-Lohnsumme eines Jahres in der UdSSR.

Rettung für den vom eigenen Volk verlassenen Gorbatschow, Starthilfe in die komplizierte Welt der Marktwirtschaft? Genügen wird die Gabe nicht. Sowjetbürger Komonow aus Belgorod am Dnjestr erwartet keinerlei Wohlstand, „weder in drei noch in zehn Jahren", es sei denn, so schrieb er der Zeitschrift *Sobessednik*, Gorbatschow folge seinem Vorschlag,

> alle Apparatschiki auf leitenden Posten, Betriebsdirektoren und all die Vorsitzenden zu entlassen, aus Westdeutschland Wirtschafts- und Verwaltungsfachleute einzuladen und ihnen diese Posten anzubieten. Ich denke, daß sich die Lage augenblicklich bessern wird.

Die Idee könnte von dem Deutschenfreund Lenin stammen, dem schrecklichen Vereinfacher, mit dem Rußlands Irrweg seinen Anfang nahm.

USA

Die ersten Schüsse

Eine Rezession droht, dazu ein Krieg am Golf – und Präsident George Bush ist durch die Wahlen angeschlagen.

George Bush machte sich Sorgen über die Gemütsverfassung seiner Parteifreunde. Er rief, am Tag nach der Wahl, Dutzende von republikanischen Kandidaten im ganzen Land an und spendete Trost.

Die Grand Old Party, die seit zehn Jahren das Weiße Haus beherrscht und fünf der sechs letzten Präsidentschaftswahlen gewann, war von Katerstimmung gepackt.



Wahlgeschädigter Bush: Letztes Tabu beseitigt

Zwar ist es in der amerikanischen Politik fast schon eine historische Gesetzmäßigkeit, daß die Partei, die den Präsidenten stellt, zwei Jahre nach dessen Wahl bei den Zwischenwahlen Rückschläge hinnehmen muß: Für das „Präsidentenprivileg", so haben die Statistiker ausgerechnet, zahlt sie im Durchschnitt mit dem Verlust von 27 Mandaten.

Doch diesmal war die Erwartung ganz anders gewesen. Noch vor wenigen Monaten hatten die republikanischen Parteimanager gehofft, mit Hilfe der in stratosphärische Höhen gestiegenen Popularitätswerte ihres Präsidenten Bush den Demokraten endlich auch im Kongreß die Mehrheit streitig machen zu können.

Im Senat suchten sie sich sieben vermeintlich schwache Demokraten als stra-

tegische Ziele aus, gegen die sie einige ihrer besten Nachwuchskandidaten aufboten. Keiner schaffte es, die Republikaner verloren sogar einen Senator – Rudy Boschwitz aus Minnesota, der sich vor den Wählern mit seinem guten Verhältnis zu George Bush gebrüstet hatte. Zuviel Intimität mit dem Präsidenten war diesmal ein Nachteil.

Im Repräsentantenhaus, wo Bushs Partei bisher nur 176 von 435 Abgeordneten stellte – ein historisches Tief für eine Präsidentenpartei –, hatten die Republikaner wenigstens mit einem Aufschwung gerechnet, um dann bei der Kongreßwahl 1992 die Demokraten überholen zu können. Daraus wurde nichts, die Republikaner verloren neun Sitze – ein Rückschlag, den Parteimanager Ed Rollins in seinen Planspielen vor dem Wahltag ahnungsvoll als „Desaster" beschrieben hatte.

Newt Gingrich, Fraktionsgeschäftsführer der Republikaner im Repräsentantenhaus, der schon von einer neuen „konservativen Regierungsmehrheit" für die neunziger Jahre träumte, fand das Resultat „ziemlich ernüchternd", besonders sein eigenes. In seinem sonst sicheren Wahlkreis in Georgia siegte er hauchdünn mit 0,6 Prozent Stimmenvorsprung.

„Der Anspruch der Republikaner, unaufhaltsam zur amerikanischen Mehrheitspartei aufzusteigen, wurde zertrümmert", kommentierte Bushs journalistischer Erzfeind, der Kolumnist George Will, schadenfroh in der *Washington Post*. Die demokratische Kontrolle über den Kongreß wähnt Will jetzt für den Rest des Jahrzehnts als gesichert. Das zwingt George Bush zu einer für ihn bestenfalls mühseligen, schlimmstenfalls demütigenden Kohabitation mit einer gestärkten Demokratischen Partei.

Zwar waren die Kongreß- und Gouverneurswahlen vom Dienstag voriger Woche nicht, wie der Demokraten-Chef Ron Brown behauptete, „de facto ein Referendum über George Bush". Aber eine Schlappe waren sie dennoch für einen Präsidenten, der sich 115 Tage lang mit hohem Einsatz im Wahlkampf geschlagen hatte.

Besonders peinlich: Ausgerechnet in Bushs Heimatstaat Texas, wo der Präsident bis zuletzt häufig aufgetreten war, siegte die liberale Demokratin Ann Richards über den schwerreichen Macho und Bush-Freund Clayton Williams, der zuvor in Cowboy-Manier gehöhnt hatte, er werde seine Gegnerin wie ein Kalb „bei den Hörnern packen und durch den Staub schleifen".

Die Wahlverluste ließen bei vielen Republikanern lange unterdrückte Zweifel an der Führungskunst des Präsidenten wiederaufflammen.

Der Unmut, der sich vor allem auf dem rechten Flügel der Partei zusammenbraut, kommt für Bush zu einem Zeitpunkt, da seine Schwierigkeiten riesengroß sind: Die Wirtschaft taumelt in eine Rezession, die der Präsident hilflos auf sich zukommen läßt, weil das aberwitzige Haushaltsdefizit von 254 Milliarden Dollar ihm jede Möglichkeit zum Gegensteuern genommen hat.

Außenpolitisch schreckt das Gespenst eines drohenden Krieges am Persischen Golf die Amerikaner – Bush hat sie trotz seiner stählernen Rhetorik bisher nicht psychologisch auf einen blutigen militärischen Konflikt vorbereitet. Vorige Woche beschloß er, weitere drei Flugzeugträger und 150 000 Mann, darunter zwei komplette Panzerdivisionen aus Europa, nach Saudi-Arabien in Marsch zu setzen, ohne daß klar wurde, ob die Truppenverstärkung als Vorbereitung zur Rückeroberung Kuweits oder nur als Drohgeste gegen Saddam Hussein gemeint war – oder ob sie als Camouflage des wirklichen Angriffsbeginns dienen soll.



Wahlsiegerin Richards
Reichen Macho geschlagen

Bushs Persönlichkeitsbild, für die Öffentlichkeit ohnehin nie so transparent wie das seines Vorgängers Ronald Reagan, verschwamm im Wahlkampf manchmal bis ins Rätselhafte: War der Präsident nicht doch der zaudernde Schwächling, als der er jahrelang belächelt worden war? Oder war er der entschlossene Kriegsherr, der Diktatoren wie Panamas Noriega zur Strecke brachte? Oder der kompromißbereite Gentleman, der mit den Demokraten während der Haushaltsberatungen zusammenarbeitete, oder im Gegenteil der giftige Parteipolitiker, der vor keinem Tiefschlag zurückschreckte?

Bush-Kritiker wie George Will vermuten, er sei alles zugleich – ein Mann ohne Eigenschaften und feste Prinzipien. Für diesen Mangel an Klarheit, so meint Will, seien die Wahlergebnisse vom Dienstag nur „die erste Rate" gewesen.

Führende Republikaner werfen Bush zudem vor, nicht nur sein eigenes Profil, sondern auch die ideologischen Konturen seiner Partei verwischt zu haben. Sie erbittert vor allem, daß der Präsident während des Haushaltsstreits im Oktober das letzte geheiligte Tabu der Konservativen preisgab: den Widerstand gegen Steuererhöhungen jeder Art.

Bush sei damit zum Komplizen eines „historischen Täuschungsakts" geworden, so das Urteil von Howard Phillips, dem Vorsitzenden der Konservativen Arbeitsgruppe (Conservative Caucus): „Nichts kann seine Glaubwürdigkeit wiederherstellen."

Nicht mal in seiner Partei. „Ihr habt gerade die ersten Schüsse eines Bürgerkriegs innerhalb der Republikanischen Partei gehört", deutete der ultrakonservative Vordenker Richard Viguerie die einsetzende Kritik. Der Analytiker Burton Yale Pines vom konservativen Think Tank „Heritage Foundation" brachte unter Republikanern ein Papier in Umlauf, in dem er zur „offenen Opposition" gegen den Präsidenten aufrief – „um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Konservativen nicht verantwortlich sind für die wirtschaftliche Katastrophe und andere Desaster, in die Bush und seine Berater die Nation führen".

Um frustrierte Parteifreunde zu besänftigen und ihre Moral zu stärken, müßte der Präsident sich aggressiv mit den Demokraten anlegen – zum Beispiel durch die Wiederbelebung seiner alten Lieblingsidee, die Kapitalertragsteuer zu senken und somit den Wohlhabenden im Lande etwas Gutes zu tun.

Doch eine solche Provokation würde jede Chance auf ein Zusammenspiel mit den Demokraten zunichte machen, das er braucht, um Amerika durch die wirtschaftliche Talsohle oder gar in einen Krieg mit dem Irak zu führen.